

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Kurt Gscheidle, Bundesverkehrsminister, fordert einen Ausbau des Flugsicherungssystems Eurcontrol.

Seite 1/2

Diether Posser, NRW-Finanzminister, wirft den CDU-Politikern Biedenkopf und Köppler Widersprüchlichkeiten vor.

Seite 3

Dieter Lattmann, SPD-Bundestagsabgeordneter, nimmt zum Thema Deutsche Nationalstiftung Stellung.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 61

27. März 1980

Eurocontrol hat Zukunft

Die Probleme der Flugsicherung müssen international gelöst werden

Von Kurt Gscheidle
Bundesminister für Verkehr

In den Eurocontrol-Zentralen Maastricht und Karlsruhe sind zur Zeit mehr als 800 Fluglotsen und Techniker für die Kontrolle des oberen Luftraums Belgiens, Luxemburgs und der Bundesrepublik Deutschland tätig, in den nationalen Kontrollzentralen der sieben Mitgliedstaaten der europäischen Flugsicherungsorganisation Eurocontrol insgesamt ein Vielfaches hiervon. Das rührt daher, daß es eine europäische Flugsicherung nicht gibt und sich nicht einmal das Ziel von Eurocontrol hat verwirklichen lassen, eine übergreifende Flugverkehrskontrolle für den oberen Luftraum einzuführen. Dies hat verschiedene Gründe.

Frankreich, Großbritannien und später auch Irland haben jeder für sich schon frühzeitig die Übertragung von Flugverkehrskontrolldiensten an Eurocontrol ausgeschlossen. Die Niederlande haben erst kürzlich in Amsterdam ein Flugsicherungssystem in Betrieb genommen, das sowohl den oberen wie auch den unteren Luftraum kontrolliert. Demgegenüber haben lediglich Belgien, Luxemburg und die Bundesrepublik Deutschland vertragsgetreu die Kontrolle des oberen Luftraumes an die Eurocontrol-Zentrale Maastricht übertragen.

Es kommt hinzu, daß sich in den 20 Jahren des Bestehens von Eurocontrol die betrieblichen Notwendigkeiten geändert haben. 1960 ging man davon aus, daß neben Düsenflugzeugen auch ein großer, wenn nicht überwiegender Anteil von Propellerflugzeugen durch die Flugsicherung kontrolliert werden würde. Die wenigen schnellen vorzugsweise in oberen Luftraum - ab 7.500 m - operierenden Düsenflugzeuge sollten von übernationalen Zentralen, die langsameren im unteren Luftraum operierenden zahlenmäßig überwiegenderen Propellerflugzeuge von nationalen Zentralen kontrolliert werden. Der Anteil kontrollierter Propellerflugzeuge ist heute minimal, der Düsenluftverkehr bestimmt das Flugsicherungsgeschehen. Er



findet in allen Höhenbereichen statt. Die horizontale Trennungslinie zwischen unterem und oberem Luftraum bedeutet jedoch unterschiedliche - nationale und internationale - Zuständigkeiten und Organisationseinheiten. Der Fortfall dieser Trennungslinie hätte nach übereinstimmender fachlicher Auffassung große betriebliche Vorteile.

Auch heute noch ist die Bundesregierung und bin auch ich der Auffassung, daß eine einheitliche europäische Flugsicherungsorganisation, deren Befugnisse sowohl den oberen wie den unteren Luftraum einschließt und die über nationale Grenzen hinausgeht, das Beste für einen reibungslosen Flugverkehr in Europa wäre. Wer, wie wir, so denkt, muß aber auch wissen, daß die übrigen Mitgliedsstaaten von Eurocontrol ihre eigenen Vorstellungen haben. Alle Versuche, England und Frankreich zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen, daß nationaler Luftraum nur von nationalen Zentralen kontrolliert wird, haben keinen Erfolg gehabt.

Bleibt also die Prüfung der Frage, ob es möglich ist, der Kontrollzentrale in Maastricht eine solche Aufgabe zu übertragen. Die Bundesregierung hat immer erklärt, daß ihre Zustimmung zu einer neuen Konvention Eurocontrol, die nach 20jähriger Laufzeit des alten Vertrages im März 1983 in Kraft treten müßte, von einer befriedigenden Regelung für die Kontrollzentrale Maastricht abhängig sein wird. Die Niederlande haben kürzlich erklärt, sie würden Maastricht nur dann Kompetenzen für ihren Luftraum übertragen, wenn ihre betrieblichen Auffassungen - oberer und unterer Luftraum in einer Hand - für den von Maastricht aus kontrollierten Luftraum erfüllt werden.

Dies würde einen Ausbau von Maastricht sowohl hinsichtlich des dort beschäftigten Personals als auch der technischen Installationen erforderlich machen. Wir werden uns in den nächsten Wochen Klarheit darüber verschaffen, ob diese oder welche andere Lösung möglich ist, was sie kosten, welche Auswirkungen auf den militärischen Luftverkehr sich ergeben, welche betrieblichen, technischen und sozialen Konsequenzen sie haben und welchen Weg die Mitgliedsstaaten, mit denen wir Maastricht betreiben, mit uns gehen können.

Die Bundesregierung ist auch der Auffassung, daß eine Lösung der Flugsicherungsprobleme auf europäischer Grundlage durch eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Systemplanung und -entwicklung sowie bei der Steuerung der internationalen Flugverkehrsströme erreicht werden muß. Das Ziel muß sein, das europäische Flugsicherungssystem, bestehend aus der technischen Infrastruktur und dem Netz der durchgehenden Luftstraßen, in allen seinen Teilen gleichermaßen durchlässig zu machen und funktionsfähig zu halten. Die Bundesregierung hat deshalb im Juni 1979 die Initiative ergriffen und vorgeschlagen, der Organisation Eurocontrol in dieser Richtung zukunftsweisende Aufgaben zu übertragen. Sie hat detaillierte Vorschläge unterbreitet und hofft, daß ihre Vorschläge auf der nächsten Sitzung des Ministerrats der Organisation verabschiedet werden können.

Die Organisation Eurocontrol hat eine Zukunft, wenn sie mit neuem Leben erfüllt wird. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß in diesem Sinne Eurocontrol die Chance erhält, einen substantiellen Beitrag zur Sicherheit, Flüssigkeit und Wirtschaftlichkeit des europäischen Luftverkehrs zu leisten.

(-/27.3.1980/h1/ben)



Das Hü und Hott der CDU

Die Widersprüchlichkeiten der Herren Biedenkopf und Köppler

Von Dr. Diether Posser

Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Ein bekannter Journalist meinte einmal, es sei besser, sich oft zu widersprechen, als sich oft zu wiederholen. Diese Regieanweisung scheint auch den Herren Biedenkopf und Köppler zu Ohren gekommen zu sein, denn sie üben sich seit einiger Zeit fleißig in Widersprüchlichkeiten. Die Sache hat einen Haken: Mag als rhetorisches oder schriftstellerisches Element der Widerspruch noch eine gewisse Berechtigung haben, ist er als Grundsatz für die Politik ungeeignet. Er ist alles andere als ein Ausweis von Glaubwürdigkeit.

Die Herren Biedenkopf und Köppler scheint dies nicht zu stören. Frei nach der Devise "Für jeden etwas" stellen sie je nach anzusprechender Zielgruppe Forderungen auf, die einander ausschließen oder sie geben Stellungnahmen ab, die vollkommen gegensätzlich sind. Hier eine Kostprobe:

1. Köppler wirft der Landesregierung vor, sie tue zu wenig gegen die Arbeitslosigkeit. Biedenkopf fordert dagegen den Verzicht auf eine staatliche Vollbeschäftigungspolitik - was im Übrigen einem Aufruf zum gesetzeswidrigen Verhalten gleichkommt, da der Staat nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verpflichtet ist, sich um einen hohen Beschäftigungsstand zu bemühen.
2. Biedenkopf empört sich über angeblich aufgeblähte Beamtenapparate in Bund und Ländern. Die nordrhein-westfälische CDU-Fraktion unter Köppler hinderte dies nicht daran, in den letzten Jahren über die von der Landesregierung vorgesehenen Personalvermehrungen hinaus noch jeweils tausende von zusätzlichen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst zu fordern.
3. Biedenkopf will ein Ende der staatlichen Wohnungsbauförderung. Köppler dagegen wirft der Landesregierung eine angeblich unzureichende Förderungspolitik vor, beklagt eine vermeintliche Stagnation im sozialen Wohnungsbau und kündigt für den Fall einer Regierungsübernahme durch die CDU ein Bergarbeiter-Wohnungsbauprogramm an.
4. Biedenkopf setzt sich lautstark für den Abbau der Staatsquote ein. Köpplers CDU-Fraktion stellt dagegen im Landtag Anträge (zum Beispiel für zusätzliche familienpolitische Maßnahmen, für Personalvermehrungen), deren Annahme nichts anderes bedeutete als eine Erhöhung der Staatsquote.

Dies sind nur wenige Beispiele für das wirtschafts- und finanzpolitische Hü und Hott der beiden CDU-Spitzenkandidaten. Was dahintersteckt, ist klar: Jeder der beiden darf bestimmten Bevölkerungskreisen das jeweils Mundende versprechen. Biedenkopf soll damit Unternehmer und Mittelständler für die CDU gewinnen, Köppler spielt bei den Arbeitnehmern den "sozialen Ausputzer".

Der Wähler mache sich einen Reim auf dieses unseriöse Taktieren. Die Sozialausschüsse der rheinischen CDU haben sich nicht von der verantwortungslosen Doppelstrategie täuschen lassen. Sie kritisierten Biedenkopf bei ihrer kürzlich stattgefundenen Hauptversammlung wegen dessen mangelnden Engagements für die Arbeitnehmer. Biedenkopf verließ die Versammlung, ohne auf die Vorwürfe geantwortet zu haben. (-/27.3.1989/vo-he/ben)



Auf der Suche nach der Kulturnation

Diskussion um Nationalstiftung erwies sich als politischer Fetisch

Von Dieter Lattmann MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Unlängst hat der Haushaltsausschuß des Bundestages aus dem 50-Millionen-Juliusturm der Deutschen Nationalstiftung - "vorab", wie es hieß - mit den Stimmen der Koalition bei Ablehnung durch die Opposition 16,5 Millionen DM freigegeben. Damit sollen unter der Zuständigkeit des Bundesinnenministers zu gleichen Teilen drei Fonds für die länderübergreifende Förderung zeitgenössischer Kunst, Literatur und Musik eingerichtet werden.

Nach den Worten eines CDU-Sprechers handelte es sich um ein "politisches Begräbnis erster Klasse". Was jener Kritiker nicht einräumte, war die Tatsache, daß jahrelange Blockade durch die Union, aber auch durch zwei SPD-regierte Länder, Ursache der reduzierten Lösung war. Eine große Idee wurde in kleine Münze umgewandelt. Die kulturelle Nationalstiftung, als Ziel benannt in drei Regierungserklärungen seit der Willy Brandts vom 18. Januar 1973, schrumpfte auf ein paar Millionen zusätzlicher Kulturförderung, die für die betroffenen Künstler und Autoren dennoch keineswegs unwichtig sind. Nur wurde aus der Sache etwas grundsätzlich anderes.

Nur noch als verhallende Utopie nimmt sich demgegenüber die Forderung des Günter Grass aus, der noch im Februar erklärt hatte, die Deutsche Nationalstiftung sei sinnvoll nur als gemeinsame Einrichtung beider Staaten in Deutschland.

Tatsächlich offenbart sich angesichts von Anspruch und Mißlingen der Nationalstiftung das alte deutsche Dilemma auf unserer Suche nach der Kulturnation. Insofern ist die Minimallösung, der Kompromiß der Politiker, obendrein kontrovers zwischen Bund und Ländern, unserer Historie adäquat. Denn immer, auch in der krausesten deutschen Zerrissenheit, angesichts der nationalen Fliehkräfte wie der Stabilisierungsfaktoren, im Auf und Ab aus Einigung und Teilung, blieb für das geistige Deutschland eine Idee begeisternd und beunruhigend, mal realitätsfern, mal beinahe konkret: die Idee der deutschen Kulturnation.

Eine grenzenüberwindende Idee, der die Unzulänglichkeiten der jeweiligen Epoche kaum etwas anzuhaben schienen. Sie blieb unerfüllbar doch allgegenwärtig, die Vorstellung, Kultur und Nation könnten sich zu etwas Unverlierbarem verbinden. Heute ist allein der Begriff der Nation tabuisiert. Die Hinterlassenschaften des Nationalismus von der Alldeutschenbewegung über den Alptraum von Großdeutschland bis zur Diktatur des Nationalsozialismus stehen wieder auf, sobald ein Politiker es wagt, den Begriff Nation wieder positiv zu besetzen. Es fehlt uns dazu an Gelassenheit. Wahrscheinlich ist unser Selbstwertgefühl zu unausgeglichen. Warum können wir uns nicht darauf einigen, daß kein Deutscher von einiger Nachdenklichkeit zur Nation ein ungebrochenes Verhältnis besitzt, daß wir aber gleichwohl lernen sollten, gerade vor dem historischen Hintergrund neu zu erwerben, was auch in Deutschland die Idee der Nation als tragende Tradition und Zukunftsvorstellung kultureller Gemeinsamkeit begreift?

Die Nation, in die man hineingeboren wurde, dieser unverwechselbare Zusammenhang aus Sprache, Genius und menschlichen Erfahrungen von Generationen, wurde ja erst seit dem



18. Jahrhundert als politische Gemeinschaft von staatstragender Kraft empfunden, die eine bewußt kulturelle Eigenständigkeit als Ausgang des politischen Willens zur Zusammengehörigkeit voraussetzte.

Wir Deutschen haben uns damit allezeit besonders schwer getan. Aller Lobpreis der Staatsnation und der Kulturnation von Herder über Fichte und Hegel bis zu Friedrich Meinecke überdauert in Bibliotheken auch unseren heutigen Zeitgeist. Schillers Idealismus, der in den Briefen "Über die ästhetische Erziehung des Menschen" die moralische Veränderung des Bewußtseins der Vielen als Voraussetzung für das Errichten der Nation ansah und "die allgemeine Idee der Schönheit aus dem Begriffe der menschlichen Natur überhaupt" ableitete; die Wucht der Freiheitskriege und das Scheitern der nationalen Einigungsbestrebungen des Frankfurter Paulskirchen-Parlaments, - diese gerüttelte Nationalgeschichte beschwert uns, wenn wir den Begriff Nation, angewandt auf Kultur, in unserer Daseinswirklichkeit behaupten wollen.

Obendrein findet die Kulturnation mächtige Verhinderungsmechanismen im föderativen System, das zugleich ihre Verwurzelung bedeutet. So gesehen war auch das kulturelle Einigungsverlangen der Deutschen immer paradox. Noch in der Föderalismusdebatte unserer Tage schleppen wir die ganze Last des Duodez mit uns herum. Die meisten erinnern kaum noch vom Hörensagen, das selbst auf dem Höhepunkt der Reichsgründung 1871 Wilhelm I. als Kaiser eines Reichs auftrat, dem vier Königreiche - Preußen, Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen -, sechs Großherzogtümer, fünf Herzogtümer, sieben Fürstentümer und drei Freie und Hansestädte angehörten, insgesamt 25 Staaten im Staat. Der Kaiser erklärte zur Reichstagsgründung: "Das Bewußtsein seiner Einheit war in dem deutschen Volke, wenn auch verhüllt, doch stets lebendig; es hat seine Hülle gesprengt in der Begeisterung, mit welcher die Nation sich zur Vertheidigung des bedrohten Vaterlandes erhob und in unvertilgbarer Schrift auf den Schlachtfeldern Frankreichs ihren Willen verzeichnete, ein einiges Volk zu sein und zu bleiben."

In unvertilgbarer Schrift! Heute haben wir uns mit der Realität abzufinden, daß die DDR-Volkskammer 1974 jene dritte Verfassungsänderung beschloß, durch die sich die Deutsche Demokratische Republik scheinbar endgültig von der Selbstcharakterisierung als Teil-Staat deutscher Nationalität lossagte und - angeblich sozialistisch - einzigartig sein will. Für wie lange? Wo Verhinderungsmächte so massiv geraten, spricht es sich schwer und leicht zugleich über eine Deutsche Nationalstiftung, denn ihre Realisierung steht in der Ferne wie eine Fata Morgana.

Ist es nicht überhaupt eine deutsche Eigentümlichkeit, daß die Kulturnation wie manches Nationaltheater just in dem Moment aufs Podest gerückt wurden, in dem die Nation sich geteilt und zersplittert im Zustand der vaterländischen Schwäche befand? Gilt das nicht auch heute? Was hier gemeint ist, hat nichts mit dem Wohlstand der gegenwärtigen Bundesrepublik zu tun. Wohl aber mit der Sprachlosigkeit ihrer Menschen vor dem Thema kultureller Gemeinsamkeiten in einer Übermateriellen Nation.

So gesehen war die jahrelange Diskussion um die Nationalstiftung auch ein politischer Fetisch mit allen Kennzeichen der Ersatzfunktion. Der Haushaltstitel "Deutsche Nationalstiftung" galt im Einzelhaushalt des Bundesinnenministeriums ohnehin nur noch als "Leertitel". Jetzt hat man ihn umbenannt. Der neue Titel heißt "Förderung gesamtstaatlich bedeutsamer Vorhaben aus den Bereichen Kunst und Kultur". Eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Durchführung steht noch aus.

So triumphiert über ein Stück Kulturnation am Ende ein bürokratischer Akt. Und kaum jemand findet sich hierzulande, den dies zutiefst betroffen macht.

(-/27.3.1980/va-he/ben)

+

+

+

